

**TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE**

P/XXIII/219

Bonn, 18. November 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Bahn frei für die Wahl des Bundespräsidenten</u> Nach der Entscheidung der Unionsparteien	45
2 - 4	<u>Fünf Jahre Deutsch-Französisches Jugendwerk</u> Bilanz und Anregungen für die Zukunft Von Georg Kahn-Ackermann, MdB, Vorsitzender des Ausschusses für Kultur und Erziehung in der beratenden Versammlung des Europarates	118
4 - 4a	<u>"Justiz" nach polizeistaatlichem Muster</u> Zum Athener Attentatsprozeß Von Dr. Basil P. Mathiopoulos	72
5 - 7	<u>M E X I C O 1968</u> Ein großartiges, aber auch verpflichtendes Erlebnis Lehren für München 1972 Von Rudolf Hauck, MdB	140

\* \* \*

\*

## Bahn frei für die Wahl des Bundespräsidenten

### Nach der Entscheidung der Unionsparteien

sp - Nichts spricht dagegen, jedoch sehr vieles dafür, die Wahl zum Bundespräsidenten im Laufe der ersten Monate des nächsten Jahres stattfinden zu lassen, nachdem das Votum bei den Unionsparteien gefallen ist. Es gibt nur zwei Bewerber um das höchste Amt im Staate, den Sozialdemokraten **H e i n e m a n n** und den Christdemokraten **S c h r ö d e r**. Beide gehören als Bundesminister der Regierung der Großen Koalition an. Diese Situation ist nicht ohne Reiz. Beide großen Parteien verfügen in der Bundesversammlung nicht über die Mehrheit; beide Kandidaten sind auf die Stimmen der freien Demokraten angewiesen.

Es würde dem Ansehen des höchsten Staatsamtes gewiß dienlich sein, beide Bewerber von herabsetzenden Polemiken und den tagespolitischen Auseinandersetzungen fernzuhalten. In den letzten Tagen gab es einige unguete Anklänge, was die integre Persönlichkeit Heinemanns angeht. Selbst ein CDU/CSU-Bundesminister scheute sich nicht, den dreimaligen Parteiwechsel Heinemanns in unserem **d e m o k r a t i - s c h e n** Staat als Handicap anzusehen, als ob in diesen bewegten Zeiten das Suchen nach einem festen politischen Standort ein Zeichen der Unstetigkeit wäre. Viele haben eben nur **e i n m a l** einen Parteiwechsel vollzogen, nämlich den von der NSdAP zu einer anderen Partei, aber es wäre töricht, ihnen daraus einen Vorwurf zu machen oder ihnen wegen ihres seinerzeitigen politischen Irrtums die Eignung für die Besetzung hoher und höchster Ämter abzuerkennen. Das dient nicht der so notwendigen inneren Befriedigung unseres Volkes.

Ebenso unklug, dem Ansehen des höchsten Amtes abträglich wäre es, würden mit der Wahl des Bundespräsidenten Fragen verknüpft werden, die damit überhaupt nichts zu tun haben, wie etwa die künftige Zusammensetzung der Bundesregierung oder das Wahlrecht. Die Sozialdemokraten machen ein solches Spiel nicht mit; sie achten die Souveränität des Volkes. Die Entscheidung über die künftige Zusammensetzung der neuen Regierung nach der Bundestagswahl liegt beim Wähler, bei niemandem anderen. Unser Volk, und gerade unsere Jugend, hat wenig Sinn für politische Manipulationen. Die Sozialdemokraten sind frei davon, weil sie den künftigen Bundespräsidenten um der Würde des Amtes willen nicht belastet wissen möchten mit vor der Wahl eingegangenen Verpflichtungen. Die Bundesversammlung ist kein Experimentierfeld für parteipolitische Tricks. Ebenso wie es zu keiner Prestigesache werden sollte, wo der Bundespräsident gewählt wird. Die Lebensfähigkeit Berlins hängt wirklich nicht davon ab, ob die Bundesversammlung dort zusammentritt. Hier sollten nüchterne Erwägungen sachlicher und politischer Art den Vorrang vor emotionalen Überlegungen haben.

Es wird eine offene Entscheidung sein. Die Sozialdemokraten sind gewiß, mit Heinemann als ihrem Bewerber um das höchste Staatsamt einen Mann auserwählt zu haben, dessen Qualifikation für dieses Amt wohl nur Böswillige bestreiten können. Die SPD sieht mit Gelassenheit und Ruhe der Entscheidung der Bundesversammlung entgegen.

## Fünf Jahre Deutsch-Französisches Jugendwerk

Bilanz und Anregungen für die Zukunft.

Von Georg Kahn-Ackermann, MdB,

Vorsitzender des Ausschusses für Kultur und Erziehung in der  
beratenden Versammlung des Europarates

Die fünfjährige Bilanz, die man in diesen Tagen aus der Tätigkeit des Deutsch-Französischen Jugendwerks ziehen kann, ist nicht nur für die unmittelbar Beteiligten, die Deutschen und die Franzosen, lehrreich und nachdenkenswert. Positive und problematische Ergebnisse des Austausches von über zwei Millionen jungen Franzosen und Deutschen müssen auch alle jene beschäftigen, die mit Recht die Zeit für gekommen halten, das Deutsch-Französische Jugendwerk durch ein europäisches Jugendwerk zu ergänzen oder es gar zu erweitern.

Das Deutsch-Französische Jugendwerk ist immer als das eigentliche Kernstück des deutsch-französischen Freundschaftsvertrages gewürdigt worden und das wohl zu Recht. Das Konzept der Vertragspartner, durch geplante und gezielte Begegnungen der jungen Generation beider Länder ein tieferes Verständnis für den Nachbarn und ein dauerhaftes Zusammengehörigkeitsgefühl zu erwecken, hat sich als für beide Teile richtig und nützlich erwiesen. Soviel kann man nach fünf Jahren sagen, wenn es wohl auch noch weitere zehn Jahre dauern wird, bevor sich schlüssig erweisen kann, in welchem Umfang sich die grundsätzlichen und dauerhaften politischen Klimaveränderungen im Verhältnis beider Völker zueinander ausgewirkt haben, welche die Väter des Jugendwerkes bei seiner Errichtung im Auge gehabt haben.

Was die Bilanz indessen schon heute zeigt, ist folgendes: Der Effekt der bisherigen Austauschprogramme ließe sich um ein Vielfaches verstärken, wenn diese Programme durch Maßnahmen auf dem Gebiet der Bildungspolitik in **b e i d e n** Ländern begleitet würden. Verständigungsschwierigkeiten sind nach wie vor ein Problem. Mit anderen Worten: an unseren Schulen lernen zu wenige Jugendliche französisch; zur Zeit etwa 360.000. In Frankreich lernen zu wenige deutsch; zur Zeit etwa 390.000.

Erschwerend wirkt, daß es sich bei diesen Zahlen ausschließlich um Oberschüler handelt, die ja nur **e i n e** Gruppe innerhalb des Jugendaustauschs darstellen. Etwa 3.500 außerschulische französische Sprachkurse in der Bundesrepublik reichen bei weitem nicht aus, um den sichtbar gewordenen Verständigungsschwierigkeiten zu begegnen, um so mehr es auf der französischen Seite mit außerschulischen Deutschlernmöglichkeiten für Jugendliche wesentlich schlechter bestellt ist.

Der Lehreraustausch zwischen beiden Ländern ist bezogen auf alle Schularten und die Tatsache, daß pro Jahr gegenwärtig etwa 350.000 Jugendliche ausgetauscht werden, völlig unzulänglich. Die Vertragsbestimmungen über das Jugendwerk bedürften deswegen, gerade wegen der dem Lehreraustausch innewohnenden technischen Schwierigkeiten, einer Ergänzung über den Austausch von Lehrern aller Schularten. Hier liegt eine bisher überhaupt nicht in Angriff genommene, aber dringliche Aufgabe des Beauf-

tragen der Länder für den deutsch-französischen Vertrag, und man kann nur hoffen, daß der neue Beauftragte, Ministerpräsident Heinz Kühn, sich dieser Sache mit Nachdruck annimmt.

Erfreulich ist, daß erstmalig 1968 hundertachtzig Germanistikstudenten der Sorbonne zu einem Studiensemester in die Bundesrepublik kamen, nachdem erstmalig eine französische Hochschule die Einschaltung eines Semesters an einer deutschen Universität empfohlen hatte. Inzwischen haben sich fast alle französischen Universitäten zur Nützlichkeit dieser ursprünglich als fragwürdiges Experiment empfundenen Maßnahme bekehrt. Ein fühlbarer Fortschritt auf diesem Gebiet könnte indessen nur durch ein Abkommen über die volle Anrechnung von ein bis zwei jeweils in Frankreich oder Deutschland verbrachten Studiensemestern für alle Fachrichtungen erzielt werden, wozu die deutsch-französische Rektorenkonferenz einige Vorarbeiten geleistet hat. Dazu gehört natürlich eine entsprechende Ausdehnung für den Geltungsbereich deutscher und französischer Stipendienprogramme.

Ein weiteres Problem des Jugendwerkes ist, daß schon seit einigen Jahren mehr Deutsche nach Frankreich als junge Franzosen nach Deutschland fahren. In einigen Austauschbereichen ist das Verhältnis sogar nahezu 1:10. Nach wie vor fühlen sich junge Deutsche stärker von Frankreich angezogen als junge Franzosen von der Bundesrepublik. Daher ist es eines der großen Verdienste des Jugendwerkes überhaupt, junge Franzosen in so großer Anzahl - jährlich etwa 150.000 - über den Rhein zu bringen.

Zu den wohl erfolgreichsten Programmen des Jugendwerkes gehört der Austausch von jungen Berufstätigen in gleichen Branchen und ähnlichem Milieu. Hier finden sich - und diese Erfahrung ist durch die Besucher- und Gästeprogramme der Bundesregierung bestätigt - die meisten Berührungspunkte und die leichtesten Zugänge zu gegenseitigem Verständnis, sofern die Sprachbarriere einigermaßen überwunden werden kann.

Statistisch nimmt sich freilich dieser, wohl in seiner Bedeutung zu den wichtigsten Vorhaben des Jugendwerkes zählende Sektor, noch ziemlich unterprivilegiert aus. Auf Tagungen und Seminaren sind sich in fünf Jahren rund 100.000 junge Berufstätige aus beider Ländern begegnet. An dem von der Carl Duisberg-Gesellschaft organisierten und vom Jugendwerk unterstützten Programm von einjährigen Arbeitsaufenthalten im Nachbarland nehmen rund 500 Deutsche und Franzosen teil. Die Zahl soll so schnell wie möglich verdoppelt werden.

Die sowohl von deutscher wie französischer Seite in den vergangenen Jahren durchgeführten Befragungen bei Teilnehmern des deutsch-französischen Jugendaustausches vermitteln wenig Fakten, die gesicherte Schlussfolgerungen zulassen. In seiner zu Beginn des Jahres 1968 veröffentlichten Studie über die Ergebnisse von Befragungen in deutsch-französischen Ferienlagern kommt Yvon Bourdet von der Universität Paris zu dem Schluß, daß bestehende Vorurteile durch kurzfristige Austauschprogramme nicht abgebaut würden, und daß es das beste sei, sowohl in Frankreich wie in Deutschland den Geschichtsunterricht überhaupt abzuschaffen. Eine Umfrage des Jugendwerkes aus dem Jahre 1967 ergab, daß sich der allgemeine Trend der deutsch-französischen Beziehungen bei der nach wie vor europäisch eingestellten deutschen Jugend stark niederschlägt. 7 Prozent der Befragten glaubten, die deutsch-französischen Beziehungen hätten

sich verbessert, 31 Prozent fanden, sie hätten sich verschlechtert. Bei den französischen Befragten war das Verhältnis genau umgekehrt. 34 Prozent fanden, die Beziehungen hätten sich verbessert.

Im allgemeinen, so scheint es, wird das gegenseitige Verständnis mit steigendem Bildungsgrad durch die Austauschprogramme stärker gefördert. Aber wirklich schlüssige Untersuchungen gibt es hierüber noch nicht.

Indessen unterliegt es keinem Zweifel, daß die gegenwärtige Europapolitik der französischen Regierung zur Zeit in der Bundesrepublik eine politische Belastung für das angestrebte Ziel des Deutsch-Französischen Jugendwerkes darstellt. Vor allem solange die Basis der Programme des Jugendwerkes nicht durch die zuvor erwähnten Maßnahmen auf dem Gebiet des erweiterten Sprachunterrichts, des Lehreraustausches und des Studentenaustausches nicht erheblich erweitert wird.

Sicherlich würde auch eine Aufgabe des massiven französischen Widerstandes gegen die von Europarat und vornehmlich seinem für Jugendfragen zuständigen Kulturausschuß gewünschte und auch von der Bundesregierung und dem Bundestag erstrebte Errichtung eines Europäischen Jugendwerkes sehr viele der politischen Belastungen ausräumen, die neben anderem einer noch positiveren Bilanz des Deutsch-Französischen Jugendwerkes im Wege stehen. Der Schlüssel zu einer ganz erheblichen Verbesserung dieser Bilanz in den kommenden fünf Jahren liegt jedoch beim Erziehungsminister in Paris und den Kultusministerien der Länder in der Bundesrepublik. Sie haben es in der Hand, die Arbeit des Jugendwerkes künftig sehr viel wirkungsvoller zu gestalten.

+ + +

### "Justiz" nach polizeistaatlichem Muster

Zum Athener Attentatsprozeß

Von Dr. Basil P. Mathiopoulos

Das Sondermilitärgericht verhängte am Sonntag das Todesurteil gegen den 30-jährigen Alekos Panagoulis und zwar wegen Desertion und umstürzlerischer Tätigkeit und nicht wegen des Attentats auf den Chef der Militärjunta.

Die Erkenntnis, daß die Militärregierung in Athen einen Unrechtsstaat aufgebaut hat, muß jedem neutralen Beobachter nach den vorangegangenen Ereignissen kommen. Seit dem Staatsstreich vom 21. April 1967 hat das Regime die klassischen Methoden einer Militärregierung verwendet: Einrichtung von Konzentrationslagern, polizeistaatliche Methoden gegen jeden opponierenden Bürger und mittelalterliche Folterungen beim Verhör durch den Sicherheitsdienst.

Eines war jedoch noch nicht zum Ausdruck gekommen, daß nämlich Berufsrichter sich bereit finden würden, die Justiz im Sinne der "Revolution" zu mißbrauchen. Im Prozeß zum Attentat auf den Chef der Militärregierung, Georg Papadopoulos, am 13. August dieses Jahres zeigte das Sondermilitärgericht gegenüber 15 Angeklagten, daß der Begriff

"Recht", den die alten Griechen erstmals geschaffen haben - und der später von den Römern erweitert und vervollkommen wurde - ersetzt wurde durch das "Recht" der Machthabenden.

Man kann über die Tat als solche, der sich die Angeklagten zu verantworten haben, unterschiedliche Auffassungen haben. Die Art und Weise jedoch, mit der die Untersuchungsbehörden und das Sondermilitärgericht die Tat verfolgt und behandelt haben, erinnert an die Schauprozesse des Jahres 1937 in Moskau und an das "Volksgericht" 1944 in Berlin.

Als der Hauptangeklagte Alekos Panagoulis vor Gericht erklärte, er sei während der Untersuchungshaft gefoltert worden, betrachtete das Gericht, ohne die Angelegenheit im geringsten zu prüfen, diese Aussage als "Beleidigung des Gerichts" und verurteilte ihn standrechtlich zu zwei Jahren "Ordnungsstrafe".

Viel schlimmer jedoch war die Haltung des vorsitzenden Richters in zweiter Instanz, Vougas, beim Schlußwort von Panagoulis. Als letzterer erklärte, daß der Untersuchungsrichter ihn in seiner Zelle besucht und die Drohung ausgesprochen habe, auch nach der Urteilsverkündung Folterungen zu erlauben, wenn er nicht sein Schlußwort vor Gericht im Sinne der Militärregierung formulieren würde, antwortete der Vorsitzende des Sondermilitärgerichtshofes: "Mich interessiert nur, was in diesem Saal verhandelt wird." Solcher Zynismus sucht seinesgleichen in der griechischen Rechtsprechung und entspricht dem Geist eines Wischinsky oder eines Freisler.

Vielleicht konnte das Regime seine Wut nicht darüber verbergen, daß Panagoulis sich im Gerichtssaal vom Angeklagten in einen Kläger verwandelte. Dieser übernahm die volle Verantwortung für seine Tat, erklärte aber, daß die angebliche Aussage von ihm in der Untersuchungshaft über prominente Ausländergriechen falsche Behauptungen seien. Weiter bekundete er, Gewalt könne nur durch Gewalt beseitigt werden und schloß mit den Worten: "Ich bitte das Gericht, mich zu erschießen, denn nur dadurch wird mein Kampf zum Sturz der Diktatur gerechtfertigt werden. Andere werden dann an meine Stelle treten."

Die Widerstandsorganisation "Nationale Bewegung des Widerstandes" (EKA) hat in Tausenden von Exemplaren den Gesetzestext, der in der Perikleischen Zeit der Athener Demokratie verabschiedet und von Andokides überliefert wurde, in der Bevölkerung und sogar im Gerichtssaal verteilt. Das Gesetz sah vor, daß "bei der Ermordung eines Tyrannen, der die demokratische Staatsverfassung Athens abgeschafft hätte, die Täter vor den Göttern und den Menschen nicht nur unschuldig an der Tat erklärt werden sollten, auch die Hälfte des Vermögens des Tyrannen sollte an jene Täter oder - im Falle deren Hinrichtung oder Ermordung - an ihre Kinder übergehen".

Übrigens ist bekannt, daß die beiden Tyrannoktonen (Tyrannenmörder) Armodios und Aristogeton im Jahre 510 v. Chr. den Tyrannen Ipparchos getötet haben. Sie wurden als nationale Helden in der darauffolgenden Demokratie geehrt. Ihnen wurde von dem berühmten Bildhauer Antenor ein Denkmal gesetzt, das in der Agora (Athener Markt) aufgestellt wurde. - Die Militärregierung hatte die Urteilsverkündung um fünf Tage verschoben, weil innerhalb der Junta scharfe Gegensätze aufgetaucht waren, die die Reaktion der Weltöffentlichkeit auf eine Vollstreckung der Todesstrafe betreffen. Wird das Regime wagen, Panagoulis hinzurichten? Eine solche Entscheidung wird nur zu einer Intensivierung des Widerstandes führen und zum beschleunigten Sturz der Diktatur.

M E X I C O 1968  
-----

Ein großartiges, aber auch verpflichtendes Erlebnis

Lehren für München 1972

Von Rudolf Hauck, MdB

Das deutsche Parlament war mit fünf seiner Mitglieder bei den XIX. Olympischen Spielen in Mexico-City vertreten. Ich war der einzige Vertreter der SPD-Fraktion. Für mich war Mexico ein großartiges Erlebnis.

Wir werden 1972 in München nicht innerhalb einer Stunde dreimal die Nationalhymne spielen und singen können, wir werden nicht ständig zehntausendfach Deutschland, Deutschland, Deutschland... rufen können, wir werden aber wahrscheinlich auch nicht so liebevoll und versöhnlich über uns selbst lachen können, wie es die Mexikaner ständig taten. Man mußte mit dieser mexikanischen Mentalität zurechtkommen. Die einen schafften dies nicht und taten sich sehr schwer, die anderen, zum Beispiel Jochen Vogel, fanden sich prächtig damit ab und so wurde der Münchner Oberbürgermeister zur eindruckvollsten Persönlichkeit in Mexico.

Der deutsche Beobachter stand natürlich immer wieder in der Versuchung zu vergleichen, da wir ja 1972 die Gastgeber für die Jugend der Welt sind.

Da ich während der ganzen Zeit Gast im Olympia-Jugendlager war, zunächst hierzu einige Bemerkungen. Das Jugendlager in Mexico war das vierte seit 1952, jedoch gleichzeitig auch das erste "offizielle", da erstmals das zuständige Organisationskomitee als Veranstalter verantwortlich zeichnete. Es war ein Teil des Kulturprogramms der XIX. Olympischen Spiele. Diesmal waren 25 Länder mit rund 1.000 Jugendlichen vertreten. Die größten Delegationen stellten Mexico, Japan und die Bundesrepublik. Die DDR war erstmalig mit 25 Teilnehmern vertreten. Die 130 Mädchen und Jungen aus der Bundesrepublik hinterließen einen sehr guten Eindruck und zwischen den Abgeordneten, dem Leitungsteam der Sportjugend und der Gruppe bestand eine enge harmonische Verbindung. Das Camp war in Oaxtepec 100 km von Mexico-City entfernt in einem großzügig angelegten Erholungszentrum der Sozialversicherung hervorragend untergebracht.

Die weite Entfernung zwischen Oaxtepec und Mexico-City - täglich fünf Stunden Busfahrt über einen Paß von 3.200 Metern - wirkte sich insgesamt gesehen sehr nachteilig aus. Darunter litt auch das Lagerprogramm, zumal noch eine für unsere Begriffe unzulängliche Organisation dazukam. Verspätungen bis zu drei Stunden, Verzögerungen, kurzfristige Verschiebungen bzw. Absagen usw. waren an der Tagesordnung, so daß viele den Zeitablauf und das Programm selbst gar nicht mehr ernst nahmen. Bedauerlich war außerdem, daß internationale Sportwettkämpfe nicht zustande kamen und auch echte Diskussionen und Gruppenbegegnungen sehr selten waren.

Für das Olympia-Jugendlager 1972 in München ergeben sich für mich folgende Konsequenzen:

- \* Das Münchner Lager muß "olympiabezogener" sein, das heißt, es muß näher am olympischen Geschehen liegen.
- \* Es muß "jugendbezogener" sein, was bedeutet, daß mehr Raum für die echte Diskussion von Jugendproblemen vorhanden sein muß.
- \* Es muß "sportbezogener" sein, was gleichzusetzen ist mit der Durchführung von internationalen Sportwettkämpfen, um die Jugendlichen nicht nur durch das Zuschauen, sondern auch durch sportliches Tun mit der olympischen Atmosphäre vertraut zu machen.

Wenn man die Olympischen Wettkämpfe in Mexico-City selbst miterlebt hat, wenn man Freud und Leid, Sieg und Niederlage, Triumph und Zusammenbruch sah, wenn man selbst mittendrin stand, dann treten bei der Bewertung von Leistungen die nationalen Interessen fast ganz zurück. Man sah nur den einzelnen Athleten, man erkannte, daß es Menschen waren, die um die beste Leistung und um den Sieg rangen. Daher neige ich nach diesen persönlichen Erlebnissen immer mehr dazu, bei den olympischen Siegerehrungen auf Fahnen und Hymnen ganz zu verzichten. Außerdem sollte a l l e n Endkampfteilnehmern eine entsprechende Ehrung zuteilwerden, da ja oft die Leistungsunterschiede sehr minimal sind.

Unter Berücksichtigung dieser Überlegungen kann ich daher von einem enttäuschenden Abschneiden der deutschen Mannschaft nicht sprechen. Unsere Athleten haben alles in allem ihr Bestes gegeben. Andere waren eben besser, hatten im entscheidenden Augenblick die besseren Nerven oder jenes Quäntchen Glück, das ja bekanntlich für einen Sieg oft sehr notwendig ist.

Fragen muß man sich allerdings, ob überhaupt so viele Sportler nach Mexico mitfahren sollten. Das hätte aber schon vor Monaten von den zuständigen Verbänden in Deutschland entschieden werden müssen. Außerdem müssen wir uns alle die Frage gefallen lassen, ob die Verantwortlichen aller Ebenen alles getan haben, um unseren Athleten in der Vorbereitung auf Mexico dieselben Voraussetzungen zu schaffen, wie sie die Sportler anderer Nationen gehabt haben. Ich glaube, da liegt bei uns vieles im Argen. Wir sind daher alle aufgerufen, durch eine intensive Sportförderung, darunter verstehe ich Sportstättenbau, Schaffung von Leistungszentren und Bereitstellung und Finanzierung von Übungsleitern, unseren Sportlern annähernd gleiche Wettbewerbschancen zu geben.

Die körperliche Beanspruchung war - bedingt durch ungewohnte klimatische Verhältnisse - gewaltig. Besonders wurde dies beim Rudern deutlich. Zu bestürzenden Zusammenbrüchen ist es aber erfreulicherweise nicht gekommen. Ich bin der Überzeugung, daß Mexico für die Medizin, insbesondere die Sportmedizin, wichtige Aufschlüsse gegeben hat.

Die Leistungssteigerung war zum Teil aufsehenerregend. Dies gilt besonders für die kurzen Sprintstrecken und für die Sprünge, so daß man die Frage stellen muß, wann diese Rekorde - auch die aufgestellten deutschen Höchstleistungen - unter mitteleuropäischen Verhältnissen verbessert werden sollen. Ich halte dies für eine Benachteiligung unserer jungen Sportler, die jetzt unter viel ungünstigeren klimatischen Verhältnissen diesen Rekorden nachjagen müssen, ohne die Vorteile der mexikanischen Voraussetzungen zu haben. Ein Trost mag vielleicht sein, daß diese Leistungssteigerungen meines Erachtens weitergehen werden. Wahrscheinlich werden in München Rekorde in den Dauerleistungen (Mittel- und Langstrecken über 1 500 m) aufgestellt, die ebenfalls Sportgeschichte machen werden.

An dieser Leistungsexplosion haben ganz bestimmt auch die hervorragenden Sportstätten in Mexico einen großen Anteil. Alles war großartig und beeindruckend. München wird es auf diesem Gebiet sehr schwer haben, einem Vergleich standzuhalten. Die Chance ist hier die zentrale Lage aller Sportanlagen (außer Reiten und Rudern) auf dem Oberwiesenfeld. In Mexico lag alles weit auseinander. Oftmals brauchte man zwei bis drei Stunden, um vom Stadtzentrum zu den Anlagen zu kommen. Die Verkehrssituation war oft beängstigend, manchmal katastrophal. Die zentrale Lage der Sportstätten und die bessere Verkehrsbedienug durch U-Bahn und andere Nahverkehrsmittel ist daher für 1972 Münchens große Chance. Die Aussicht auf eine "Olympiade der kurzen Wege" löste schon in Mexico Vorfreude aus.

Für Japan war Tokio 1964 die Krönung nationaler Bemühungen auf weltweite Anerkennung. Es waren die ersten Spiele auf asiatischem Boden.

Für Mexico waren die XIX. Olympischen Spiele die Bestätigung der Anerkennung dieses unter so vielen Komplexen leidenden Landes. Es waren die ersten Spiele in einem Entwicklungsland und in Lateinamerika.

Für Deutschland sollte München 1972 ein Beitrag des ganzen deutschen Volkes für die Festigung der Völkerfreundschaft und der Aussöhnung werden und nicht, wie es von der DDR beabsichtigt wird, die öffentliche weltweit sichtbare Besiegelung der deutschen Teilung.

Die Jugend der Welt freut sich auf 1972. Die Begeisterung und Zuneigung für Deutschland und die Vorfreude auf München waren schon in Mexico sehr groß. "Auf Wiedersehen in München" war der meistgehörte ehrlich gemeinte Ruf der letzten Tage. Es stimmt einfach nicht, daß der Name München als nächste Olympia-Stadt die Abschiedsstunde trübte, wie es eine Ostberliner Zeitung schrieb. Genau das Gegenteil war der Fall.

Daß aber München 1972 zu einem vollen Erfolg für die olympische Idee, für die Völkerverständigung und für das Ansehen unseres ganzen Volkes wird, bedarf es der großen Anstrengung aller. Wir alle sind aufgerufen, unseren Beitrag hierfür zu leisten.